



31 August 2024

# **Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

## Zusammenfassung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

---



# Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Im Allgemeinen .....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden .....</b>	<b>5</b>
<b>3</b>	<b>Stellungnahmen zum Entwurf.....</b>	<b>5</b>
3.1	Allgemeine Einschätzung.....	5
3.1.1	Zustimmung zum E-VEMZ .....	5
3.2	Ablehnung des E-VEMZ .....	5
3.3	Besondere Bemerkungen .....	5
3.3.1	Rechtliche Grundlage des E-VEMZ.....	6
3.3.2	Vom E-VEMZ betroffene Kategorie von Personendaten.....	6
3.3.3	Folgen im Fall einer technischen Störung der Übertragung mittels Video- oder Telefonkonferenz .....	7
3.3.4	Verhältnismässigkeit der Datenschutz- und Datensicherheitsmassnahmen .....	7
<b>4</b>	<b>Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln .....</b>	<b>7</b>
4.1	Art. 1 Gegenstand .....	7
4.2	Art. 2 Infrastruktur.....	7
4.2.1	Allgemeine Kommentare .....	7
4.2.2	Art. 2 Abs. 1 Bst. a .....	8
4.2.3	Art. 2 Abs. 1 Bst. b .....	8
4.2.4	Art. 2 Abs. 1 Bst. c.....	8
4.2.5	Art. 2 Abs. 3 .....	8
4.3	Art. 3 Anforderungen an den Einsatz der Ton- und Bildübertragungssysteme .....	9
4.3.1	Allgemeine Kommentare .....	9
4.3.2	Art. 3 Abs. 1 Bst. a .....	9
4.3.3	Art. 3 Abs. 1 Bst. b .....	10
4.3.4	Art. 3 Abs. 1 Bst. c.....	10
4.3.5	Art. 3 Abs. 1 Bst. d .....	10
4.3.6	Art. 3 Abs. 2 .....	11
4.3.7	Art. 3 Abs. 3 .....	11
4.4	Art. 4 Unzulässiges Verhalten.....	12
4.4.1	Allgemeine Kommentare .....	12
4.4.2	Art. 4 Bst. a .....	12
4.4.3	Art. 4 Bst. b .....	13
4.5	Art. 5 Informationen des Gerichts zuhanden der teilnehmenden Personen.....	14
4.5.1	Allgemeine Kommentare .....	14
4.5.2	Art. 5 Abs. 1 .....	14
4.5.3	Art. 5 Abs. 2 .....	14
4.6	Art. 6 Anmeldung und Teilnahme.....	14
4.6.1	Allgemeine Kommentare .....	14
4.6.2	Art. 6 Abs. 1 .....	15
4.6.3	Art. 6 Abs. 2 .....	15

<b>Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)</b>	
4.7	Art. 7 Durchführung ..... 16
4.7.1	Allgemeine Kommentare ..... 16
4.7.2	Art. 7 Abs. 1 ..... 16
4.7.3	Art. 7 Abs. 2 ..... 17
4.8	Art. 8 Aufzeichnung ..... 17
4.8.1	Allgemeine Kommentare ..... 17
4.8.2	Art. 8 Abs. 1 ..... 18
4.8.3	Art. 8 Abs. 2 ..... 18
4.8.4	Art. 8 Abs. 3 ..... 19
4.9	Art. 9 Zugang zu einer öffentlich zugänglichen Prozesshandlung ..... 19
4.9.1	Allgemeine Kommentare ..... 19
4.9.2	Art. 9 Abs. 1 ..... 19
4.9.3	Art. 9 Abs. 2 ..... 20
4.10	Art. 10 Durchführung einer öffentlich zugänglichen Prozesshandlung ..... 20
4.10.1	Allgemeine Kommentare ..... 20
4.10.2	Art. 10 Abs. 1 ..... 21
4.10.3	Art. 10 Abs. 2 ..... 21
4.10.4	Art. 10 Abs. 3 ..... 21
4.11	Art. 11 Übergangsbestimmung ..... 22
4.12	Art. 12 Inkrafttreten ..... 22
<b>5</b>	<b>Zugang zu den Stellungnahmen ..... 22</b>
	<b>Anhang / Annexe / Allegato ..... 23</b>

## Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)

### Zusammenfassung

Die Vernehmlassung zum Entwurf der Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (E-VEMZ) dauerte vom 14. Februar 2024 bis am 22. Mai 2024. Insgesamt reichten 39 Teilnehmende eine Stellungnahme ein.

Die Mehrheit der Teilnehmenden (17 Kantone, 2 Parteien und 6 Organisationen) begrüsst den E-VEMZ ausdrücklich. Eine Minderheit (1 Kanton und 1 Organisation) lehnt die Vorlage ab.

Mehrere Teilnehmende (4 Kantone und 1 Organisation) stellen jedoch fest, dass gewisse Bestimmungen des E-VEMZ nicht von der Delegationsnorm von Artikel 141b Absatz 3 der revidierten Schweizerischen Zivilprozessordnung (nZPO) vom 17. März 2023 erfasst sind.

Da der E-VEMZ schützenswerte Personendaten betrifft, sind mehrere Teilnehmende (8 Kantone, 1 Partei und 4 Organisationen) der Ansicht, dass diese Verordnung namentlich Folgendes vorsehen sollte: (1) eine Verschlüsselungsmethode, um zu verhindern, dass nicht berechnigte Personen während der Übertragung auf die Daten zugreifen können; (2) ein strenges Authentifizierungs- oder Identifizierungsverfahren, mit dem sichergestellt werden kann, dass nur berechnigte Personen an der betreffenden Prozesshandlung teilnehmen und dieser folgen können; und (3) strenge Voraussetzungen für den Beizug privater Anbieterinnen im Rahmen der Übertragung mittels Video- oder Telefonkonferenz (insbesondere im Zusammenhang mit dem Standort der Server und dem Wohnsitz/Sitz der privaten Anbieterinnen).

Einige Teilnehmende (3 Kantone) bedauern zudem, dass der E-VEMZ weder die prozessualen Folgen im Fall einer technischen Störung der Verbindung zur Video- oder Telefonkonferenz oder während der Übertragung der Prozesshandlung mittels Video- oder Telefonkonferenz, noch das Vorgehen des Gerichts bei einer solchen Störung regelt.

Ferner wird gelegentlich gefordert, dass der E-VEMZ stärker zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Prozesshandlungen unterscheiden sollte. Im Fall von öffentlichen Verfahren sollte dem Schutz der Persönlichkeit der Personen, die an der Prozesshandlung teilnehmen, weniger Bedeutung beigemessen werden, um die Durchführung von Video- und Telefonkonferenzen zu fördern. Bei nicht öffentlichen Verfahren müssten hingegen strenge Voraussetzungen für den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung festgelegt werden.

### 1 Im Allgemeinen

Die Vernehmlassung zum Entwurf der Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (E-VEMZ) dauerte vom 14. Februar 2024 bis am 22. Mai 2024.

Stellung genommen haben 25 Kantone, drei Parteien sowie elf Organisationen und weitere interessierte Organisationen. Insgesamt bezieht sich der vorliegende Bericht auf 39 Stellungnahmen.

Ein Kanton<sup>1</sup> und vier Organisationen<sup>2</sup> haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet.

<sup>1</sup> AR

<sup>2</sup> KKJPD, UNIGE, Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV), SVR.

# **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

## **2 Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden**

Ein Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden findet sich im Anhang.

## **3 Stellungnahmen zum Entwurf**

### **3.1 Allgemeine Einschätzung**

#### **3.1.1 Zustimmung zum E-VEMZ**

Eine Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden – siebzehn Kantone<sup>3</sup>, zwei Parteien<sup>4</sup> und sechs Organisationen<sup>5</sup> – begrüsst den E-VEMZ ausdrücklich.

Diese Teilnehmenden weisen insbesondere darauf hin, dass die VEMZ zur Modernisierung und Digitalisierung der Justiz beitrage,<sup>6</sup> die Verfahrenskosten senke<sup>7</sup> (z. B. durch die verminderte Reisetätigkeit der Verfahrensbeteiligten) und den Ablauf der Prozesshandlung vereinfache<sup>8</sup>.

#### **3.2 Ablehnung des E-VEMZ**

Eine Minderheit der Teilnehmenden lehnt den E-VEMZ ab: ein Kanton<sup>9</sup> und eine Organisation<sup>10</sup>.

Der Kanton<sup>11</sup> fordert eine Ergänzung der VEMZ. Es sollten Bestimmungen in die VEMZ aufgenommen werden, die eine bessere Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit ermöglichen. Weiter sollte die VEMZ technische Leitlinien enthalten, die regelmässig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden müssen. Schliesslich sollte die VEMZ vorsehen, dass der Bund eine Liste der zugelassenen Ton- und Bildübertragungssysteme führen und diese regelmässig überprüfen und nötigenfalls anpassen muss.

Die Organisation<sup>12</sup> ist der Ansicht, dass die im E-VEMZ enthaltene Regelung unbefriedigend ist. Sie hält fest, dass die Durchführung einer Prozesshandlung auf elektronischem Weg oder die Organisation einer hybriden Konferenz mit besonderen Problemen verbunden sei, insbesondere im Zusammenhang mit der Datensicherheit und dem Datenschutz. Diese Probleme würden in der VEMZ nicht oder nur ungenügend geregelt.

### **3.3 Besondere Bemerkungen**

Die Vernehmlassungsteilnehmenden weisen auf spezifische Probleme im Zusammenhang mit dem E-VEMZ hin. Im Folgenden sind diese Bemerkungen zusammengefasst (vgl. Ziff. 3.3.1, 3.3.2, 3.3.3 und 3.3.4 unten).

---

<sup>3</sup> AI, BE, BL, BS, GR, JU, FR, LU (S. 1), NE, OW, SG, SO, SZ, TI (S. 2), UR, VD (S. 5), ZG (S. 1).

<sup>4</sup> SP, SVP.

<sup>5</sup> eGov-Schweiz (S. 3), BPGer (S. 1), ODAGE (S. 1), Swico, UNIBE (S. 1), SGV.

<sup>6</sup> TI (S. 2), digitalswitzerland, Swico.

<sup>7</sup> SP, digitalswitzerland, Obergericht GL (S. 2), eGov-Schweiz (S. 1).

<sup>8</sup> digitalswitzerland, eGov-Schweiz (S. 2).

<sup>9</sup> NW (S. 3)

<sup>10</sup> SAV (S. 2)

<sup>11</sup> NW (S. 3)

<sup>12</sup> SAV (S. 3 f.)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

### **3.3.1 Rechtliche Grundlage des E-VEMZ**

Einige Teilnehmende sind der Ansicht, dass der E-VEMZ teilweise Bestimmungen enthält, die über den dem Bundesrat erteilten gesetzgeberischen Auftrag in Artikel 141b Absatz 3 der revidierten Schweizerischen Zivilprozessordnung vom 17. März 2023<sup>13</sup> (nZPO), die am 1. Januar 2025<sup>14</sup> in Kraft treten wird, hinausgehen.

Ein Kanton<sup>15</sup> stellt fest, dass die Delegationsnorm von Artikel 141b Absatz 3 nZPO den Bundesrat nicht dazu ermächtigt, Verhaltensregeln für die Verfahrensbeteiligten oder Vorgaben für die Gerichte zum Ablauf des Gerichtsverfahrens zu erlassen (vgl. dazu auch Ziff. 4.6.2 und 4.10.1 unten).

Drei Kantone<sup>16</sup> und eine Organisation<sup>17</sup> sind ebenfalls der Meinung, dass der E-VEMZ teilweise über die rechtliche Grundlage von Artikel 141b Artikel 3 nZPO hinausgeht, da er allgemeine Regeln zur Infrastruktur der Gerichte sowie Regeln zur Art und Weise vorsieht, wie die Gerichte die Verhandlungen führen müssen (vgl. dazu auch Ziff. 4.2.4, 4.4.3, 4.5.1 und 4.9.1 unten).

### **3.3.2 Vom E-VEMZ betroffene Kategorie von Personendaten**

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende (8 Kantone, 1 Partei und 4 Organisationen)<sup>18</sup> weisen darauf hin, dass es sich bei den Personendaten, die mittels Video- oder Telefonkonferenz übertragen werden dürfen, um Informationen handelt, die insbesondere die Persönlichkeit der Personen betreffen, die an der Prozesshandlung beteiligt sind. Zudem würde die Bearbeitung dieser Daten mit hohen Risiken für die Rechte der betroffenen Personen einhergehen. Deshalb seien die von der Übertragung betroffenen Daten besonders schützenswerte Personendaten gemäss Artikel 5 Buchstabe c des Bundesgesetzes vom 25. September 2020<sup>19</sup> über den Datenschutz (DSG).

Angesichts der Sensibilität der im Rahmen eines Zivilverfahrens bearbeiteten Daten schlagen diese Teilnehmenden vor, gewisse Bestimmungen des E-VEMZ zu verschärfen. Die vorgeschlagenen Verschärfungen betreffen folgende Aspekte:

- (a) Wahl einer Datenverschlüsselungsmethode, mit der sich verhindern lässt, dass nicht berechnigte Personen auf die übertragenen Daten zugreifen können<sup>20</sup> (vgl. Ziff. 4.3.3 unten);
- (b) ein strenges Authentifizierungsverfahren, mit dem sichergestellt werden kann, dass nur berechnigte Personen an der Prozesshandlung teilnehmen und dieser folgen können<sup>21</sup> (vgl. Ziff. 4.6.2, 4.7.2 und 4.7.3 unten); und

---

<sup>13</sup> BBl 2023 786

<sup>14</sup> AS 2023 491

<sup>15</sup> ZH

<sup>16</sup> GL, SH (insb. S. 1), TG (S. 3).

<sup>17</sup> Obergericht GL (insb. S. 1)

<sup>18</sup> BL, GE, OW, SG, TG (S. 1), TI (S. 3), VD (S. 2), VS, PPS (S. 2), eGov-Schweiz (S. 2), SAV (S. 3 f.), ODAGE (S. 2), privatim (S. 1 ff.).

<sup>19</sup> SR 235.1

<sup>20</sup> BL, TI (S. 3), eGov-Schweiz (S. 2), PPS (S. 2), privatim (S. 1 f.).

<sup>21</sup> BE, BL, TI (S. 3 f.), eGov-Schweiz (S. 2), privatim (S. 2).

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

- (c) strenge Voraussetzungen (1) für die Server, über die Ton und Bild übertragen werden, (2) für private Anbieterinnen, die Ton- und Bildübertragungssysteme oder an der Übertragung beteiligte Server zur Verfügung stellen, und (3) für Dritte, die mit der Aufzeichnung von Ton und Bild beauftragt sind (vgl. Ziff. 4.3.2, 4.3.5, 4.3.6 und 4.8.3 unten)<sup>22</sup>.

### **3.3.3 Folgen im Fall einer technischen Störung der Übertragung mittels Video- oder Telefonkonferenz**

Einige Teilnehmende (3 Kantone)<sup>23</sup> bedauern, dass der E-VEMZ weder die prozessualen Folgen im Fall einer technischen Störung der Verbindung zur Konferenz oder während der Übertragung der Prozesshandlung mittels Video- oder Telefonkonferenz, noch das Vorgehen des Gerichts regelt, wenn eine solche Störung auftritt.

### **3.3.4 Verhältnismässigkeit der Datenschutz- und Datensicherheitsmassnahmen**

Eine Organisation<sup>24</sup> ist der Ansicht, dass der E-VEMZ dem Persönlichkeitsschutz der an der Prozesshandlung beteiligten Personen zu grosse Bedeutung beimisst. Grundsätzlich sollte der Persönlichkeitsschutz in einer nicht öffentlichen Prozesshandlung höher gewertet werden als in einer öffentlichen Prozesshandlung. Deshalb sollte die VEMZ ausdrücklich einen Vorbehalt des Verhältnismässigkeitsgrundsatzes vorsehen: Dies würde den Gerichten ermöglichen, im Einzelfall eine Interessenabwägung zwischen dem Öffentlichkeitsgrundsatz (Art. 54 Abs. 1 der Schweizerischen Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008<sup>25</sup> [ZPO]) und dem Persönlichkeitsschutz der Verfahrensbeteiligten vorzunehmen, um zu entscheiden, welche Datenschutzerfordernisse konkret gelten müssen, wenn eine Prozesshandlung elektronisch durchgeführt wird. Ergibt die Interessenabwägung, dass die Öffentlichkeit von der Prozesshandlung auszuschliessen ist, so müssten strenge Datenschutz- und die Datensicherheitsanforderung eingehalten werden. Wenn die Prozesshandlung gemäss Interessenabwägung hingegen öffentlich stattfinden kann, muss die Durchführung der Prozesshandlung ohne Hürden, also mit kommerziell erhältlichen Mitteln (z. B. mit Microsoft Teams), möglich sein.

## **4 Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln**

### **4.1 Art. 1 Gegenstand**

Keine Bemerkungen

### **4.2 Art. 2 Infrastruktur**

#### **4.2.1 Allgemeine Kommentare**

Ein Kanton<sup>26</sup> ist der Meinung, dass aus Artikel 2 E-VEMZ klarer hervorgehen sollte, dass die Infrastruktur, über die die Gerichte und die an der Prozesshandlung teilnehmenden Personen verfügen müssen, nicht abschliessend definiert ist, wie dies der erläuternde Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zum E-VEMZ<sup>27</sup> ausdrücklich erwähnt.

---

<sup>22</sup> BL, TG (S. 1), VD (S. 2), VS, SAV (S. 4), ODAGE (S. 2), privatim (S. 2 f.).

<sup>23</sup> GE, OW, TG (S. 2).

<sup>24</sup> BPGer (S. 2)

<sup>25</sup> SR 272

<sup>26</sup> ZH

<sup>27</sup> Siehe S. 12 des erläuternden Berichts vom 14. Februar 2024 zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. Dieser Bericht ist aufrufbar unter: <https://www.fedlex.admin.ch/de/consultation-procedures/ended/2024#EJPD>.

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

Nach Ansicht einer Organisation<sup>28</sup> sollte Artikel 2 E-VEMZ vorsehen, dass die Infrastruktur der Gerichte sicherstellen muss, dass die Partei und ihre Anwältin oder ihr Anwalt vertraulich kommunizieren können.

### **4.2.2 Art. 2 Abs. 1 Bst. a**

Zwei Kantone<sup>29</sup> und eine Organisation<sup>30</sup> erachten diese Bestimmung als unnötig, da sie eine Offenkundigkeit regelt.

### **4.2.3 Art. 2 Abs. 1 Bst. b**

Zwei Kantone<sup>31</sup> und eine Organisation<sup>32</sup> erachten diese Bestimmung als unnötig, da sie eine Offenkundigkeit regelt. Gemäss einem Kanton<sup>33</sup> sollte präzisiert werden, was unter einem «geeigneten Internetanschluss» zu verstehen ist.

### **4.2.4 Art. 2 Abs. 1 Bst. c**

Zwei Kantone<sup>34</sup> und eine Organisation<sup>35</sup> sind der Meinung, dass diese Bestimmung nicht unter die Delegationsnorm von Artikel 141b Absatz 3 nZPO fällt, da sie die Frage, über welche Infrastruktur die Gerichte und die an der Prozesshandlung teilnehmenden Personen verfügen müssen, allgemein regelt (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.1 oben).

Gemäss einer Organisation<sup>36</sup> sollte präzisiert werden, dass der Ort für die Durchführung der Prozesshandlung und für die Teilnahme daran ruhig sein und die Vertraulichkeit der Verhandlungen gewährleisten muss.

Eine Organisation<sup>37</sup> schlägt schliesslich vor, in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c E-VEMZ vorzusehen, dass der Ort eine vertrauliche Durchführung der Prozesshandlung und eine vertrauliche Teilnahme daran erlauben muss.

### **4.2.5 Art. 2 Abs. 3**

Eine Organisation<sup>38</sup> schlägt vor, diesen Artikel so zu ergänzen, dass die Infrastruktur der Gerichte über eine Option verfügen muss, mit der sich das Gesicht und die Stimme der elektronisch einvernommenen Person verzerren lassen. Das Gericht müsse Massnahmen zur Wahrung des Persönlichkeitsschutzes nach Artikel 156 ZPO ergreifen können. Weiter ist diese Organisation der Ansicht, dass Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a E-VEMZ vorsehen sollte, dass die Infrastruktur der Gerichte so ausgestaltet sein muss, dass sich alle Verfahrensbeteiligten sehen können.

---

<sup>28</sup> UNIL (S. 1)

<sup>29</sup> GL, SH (S. 1 f.).

<sup>30</sup> Obergericht GL (S. 2)

<sup>31</sup> GL, SH (S. 1 f.).

<sup>32</sup> Obergericht GL (S. 2)

<sup>33</sup> VD (S. 2)

<sup>34</sup> GL, SH (S. 1 und 2).

<sup>35</sup> Obergericht GL (S. 2)

<sup>36</sup> UNIL (S. 1)

<sup>37</sup> UNIBE (S. 2)

<sup>38</sup> UNIL (S. 2)



## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

Eine Organisation<sup>39</sup> schlägt ebenfalls vor, Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe b E-VEMZ so umzuformulieren, dass die Infrastruktur der Gerichte der Öffentlichkeit bei Bedarf ermöglichen muss, die Prozesshandlung (i) elektronisch in einem öffentlichen Raum (oder in einem anderen öffentlichen Gebäude, in dem eine Kontrolle des Aufzeichnungsverbots gewährleistet ist) oder (ii) rein elektronisch zu verfolgen.

Ferner sind ein Kanton<sup>40</sup> und eine Organisation<sup>41</sup> der Ansicht, dass Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe c E-VEMZ unnötig ist, da er den Inhalt von Artikel 141b Absatz 1 Buchstabe b nZPO wiederholt.

### **4.3 Art. 3 Anforderungen an den Einsatz der Ton- und Bildübertragungssysteme**

#### **4.3.1 Allgemeine Kommentare**

Nach Meinung eines Kantons<sup>42</sup> sollte in Artikel 3 E-VEMZ vorgesehen werden, dass von den in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Anforderungen im Einverständnis aller Parteien abgewichen werden darf. Er hält fest, dass viel Zeit vergehen kann, bis es private Anbieterinnen gibt, die die Anforderungen von Artikel 3 Absatz 2 E-VEMZ erfüllen, oder bis der Bund oder die Kantone eigene Lösungen zur Ton- und Bildübertragung entwickelt haben, die den Anforderungen von Artikel 3 Absatz 1 E-VEMZ entsprechen.

Ein Kanton<sup>43</sup> und eine Organisation<sup>44</sup> sind der Ansicht, dass die Anforderungen in den Absätzen 1 und 2 zu streng sind und dadurch die Durchführung von Video- und Telefonkonferenzen erschwert würde.

Eine Organisation<sup>45</sup> fordert, dass in Artikel 3 E-VEMZ nicht nur die Grundzüge der Datenschutz- und Datensicherheitsanforderungen festgelegt werden, sondern auch präzisiert wird, welche Ton- und Bildübertragungssysteme zulässig sind.

#### **4.3.2 Art. 3 Abs. 1 Bst. a**

Da besonders schützenswerte Personendaten betroffen sind (vgl. Ziff. 3.3.2 oben), fordern drei Kantone<sup>46</sup> und eine Organisation<sup>47</sup>, dass nur Server, die sich in der Schweiz befinden, zugelassen werden. Falls die Verwendung von Servern mit Standort in einem ausländischen Staat erlaubt wird, sollte nach Ansicht eines Kantons<sup>48</sup> festgelegt werden, dass der Gerichtsstand im Streitfall in der Schweiz ist und das Schweizer Recht gilt.

Um die Durchführung von Video- und Telefonkonferenzen zu erleichtern, sollten nach Meinung eines Kantons<sup>49</sup> Server verwendet werden dürfen, die sich in einem beliebigen Land befinden.

---

<sup>39</sup> UNIBE (S. 4)

<sup>40</sup> GL

<sup>41</sup> Obergericht GL (S. 2)

<sup>42</sup> ZG (S. 2)

<sup>43</sup> GL

<sup>44</sup> Obergericht GL (S. 2)

<sup>45</sup> SAV (S. 3)

<sup>46</sup> TG (S. 1), VD (S. 2), VS.

<sup>47</sup> ODAGE (S. 2)

<sup>48</sup> VS

<sup>49</sup> SH (S. 2)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

Zwei Organisationen<sup>50</sup> würden es begrüßen, wenn Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a E-VEMZ den Einsatz von Servern erlauben würde, die sich in einem ausländischen Land befinden, mit dem die Schweiz ein bilaterales Abkommen geschlossen hat, das ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet.

### **4.3.3 Art. 3 Abs. 1 Bst. b**

Da besonders schützenswerte Personendaten betroffen sind (vgl. Ziff. 3.3.2 oben), sollte Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b E-VEMZ nach Ansicht von drei Kantonen<sup>51</sup>, einer Partei<sup>52</sup> und einer Organisation<sup>53</sup> zwingend vorsehen, dass die Übertragung über eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung («End to End Encryption/E2EE») erfolgt, die als sicherste Verschlüsselungsmethode gilt.

Im Zusammenhang mit der Übertragung mittels Telefonkonferenz hält ein Kanton<sup>54</sup> fest, dass eine Verschlüsselung bei einem klassischen Telefon ohne besondere Software nicht möglich ist.

Ein Kanton<sup>55</sup> ist der Meinung, dass in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b E-VEMZ genau angegeben werden sollte, welche Verschlüsselungsmethoden zugelassen sind.

Nach Ansicht eines Kantons<sup>56</sup> sollte in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b E-VEMZ präzisiert werden, dass sich der Verschlüsselungsschlüssel im Besitz der Schweizer Behörde befinden muss.

### **4.3.4 Art. 3 Abs. 1 Bst. c**

Ein Kanton<sup>57</sup> macht geltend, dass die Verpflichtung der Gerichte, das für die Übertragung verwendete Serversystem jederzeit auf dem neusten Stand zu halten und bekannte kritische Lücken zu schliessen, nicht realisierbar und zu abstrakt sei. Ein anderer Kanton<sup>58</sup> fordert, dass für die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c E-VEMZ genannten Verpflichtungen der Bund zuständig sein muss.

### **4.3.5 Art 3 Abs. 1 Bst. d**

Nach Ansicht eines Kantons<sup>59</sup> und einer Organisation<sup>60</sup> kann unmöglich garantiert werden, dass die Verfahrensbeteiligten und die Öffentlichkeit nicht Zugang zu den Funktionen zur Aufzeichnung von Ton und Bild haben. Es sei immer möglich, dass eine teilnehmende Person eine vom eingesetzten Bild- und Tonübertragungssystem unabhängige Software installiert. Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d E-VEMZ sollte gemäss einem Kanton<sup>61</sup> so angepasst werden,

---

<sup>50</sup> digitalswitzerland, Swico.

<sup>51</sup> BE (S. 2), BL, TI (S. 3).

<sup>52</sup> PPS (S. 2)

<sup>53</sup> privatim (S. 1 f.)

<sup>54</sup> ZH

<sup>55</sup> ZG (S. 2)

<sup>56</sup> VS

<sup>57</sup> GL

<sup>58</sup> NW (S. 3)

<sup>59</sup> BL

<sup>60</sup> privatim (S. 2)

<sup>61</sup> ZG (S. 2)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

dass sich das Verbot, auf die Funktionen zur Übertragung und Aufzeichnung zuzugreifen, nur auf das verwendete Übertragungssystem bezieht.

### **4.3.6 Art. 3 Abs. 2**

Da besonders schützenswerte Daten betroffen sind (vgl. Ziff. 3.3.2 oben), sind zwei Kantone<sup>62</sup> und eine Organisation<sup>63</sup> der Meinung, dass es nur privaten Anbieterinnen mit Wohnsitz oder Sitz in der Schweiz gestattet sein sollte, Bild- und Tonübertragungssysteme bereitzustellen.

Ein Kanton<sup>64</sup> und eine Organisation<sup>65</sup> machen geltend, dass private Anbieterinnen, die Übertragungssysteme zur Verfügung stellen, gemäss Artikel 3 Absatz 2 E-VEMZ ihren Wohnsitz oder Sitz in einem Staat mit angemessenem Datenschutzniveau haben müssen. Dies würde jedoch nicht die Möglichkeit ausschliessen, dass eine private Anbieterin – obwohl sie ihren Wohnsitz oder Sitz in einem Staat mit angemessenem Datenschutzniveau hat – auch Verbindungen zu einem Staat ohne angemessenes Datenschutzniveau unterhält (z. B. weil sie einer Gesellschaft angehört, die ihren Sitz in diesem Staat hat). Daher sollten die Anforderungen an die Zusammenarbeit mit Dritten überprüft und an die erforderliche Vertraulichkeit angepasst werden.

Gemäss einem Kanton<sup>66</sup> sollte privaten Anbieterinnen verboten werden, auf die übertragenen Daten zuzugreifen, und sie sollten verpflichtet werden, die Daten nach der Weitergabe an die betreffenden Gerichte zu vernichten.

Eine Organisation<sup>67</sup> hält fest, dass der Begriff «private Anbieterin» präzisiert werden sollte.

Wenn eine private Anbieterin das Übertragungssystem zur Verfügung stellt, ist es nach Ansicht eines Kantons<sup>68</sup> nicht klar, ob diese Anbieterin die Anforderungen von Artikel 3 Absätze 1 und 2 E-VEMZ einhalten muss oder nur jene von Artikel 3 Absatz 2 E-VEMZ. Der gleiche Kanton wünscht auch, dass die Voraussetzungen von Artikel 3 Absatz 2 E-VEMZ, die für die von privaten Anbieterinnen betriebenen Systeme gelten, auch für die von den Kantonen oder vom Bund auf ihren eigenen Servern betriebenen Systeme gelten («In-house»-Lösung).

Eine Organisation<sup>69</sup> begrüsst schliesslich die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit externen Anbieterinnen bei der Bereitstellung von Ton- und Bildübertragungssystemen.

### **4.3.7 Art. 3 Abs. 3**

Drei Kantone<sup>70</sup> weisen darauf hin, dass es den Kantonen freigestellt sein sollte, Listen mit zugelassenen Ton- und Bildübertragungssystemen zu erlassen. Sollten die Kantone dennoch

---

<sup>62</sup> NW (S. 3), TG (S. 1).

<sup>63</sup> ODAGE (S. 2)

<sup>64</sup> BL

<sup>65</sup> privatim (S. 2 f.)

<sup>66</sup> TG (S. 1)

<sup>67</sup> SAV (S. 4)

<sup>68</sup> BE

<sup>69</sup> Swico

<sup>70</sup> SO, VD (S. 2), VS.

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

zum Erlass solcher Listen verpflichtet werden, so weist ein Kanton<sup>71</sup> darauf hin, dass die Umsetzungsfrist lang genug sein muss (mindestens zwei Jahre nach der Verabschiedung der VEMZ).

Nach Ansicht von drei Kantonen<sup>72</sup> und einer Organisation<sup>73</sup> sollte der Bundesrat verpflichtet werden, eine Liste der zugelassenen Übertragungssysteme zu führen, um auf nationaler Ebene eine grössere Einheitlichkeit sicherzustellen. Gemäss einem Kanton<sup>74</sup> müsste der Bund mindestens die Kompetenz haben, die von den Kantonen geführten Listen zu koordinieren. Eine Partei<sup>75</sup> und eine Organisation<sup>76</sup> sind der Meinung, dass die Kantone zur Erstellung von Listen mit zugelassenen Übertragungssystemen verpflichtet werden sollten.

Ein Kanton<sup>77</sup> und eine Organisation<sup>78</sup> erachten Artikel 3 Absatz 3 E-VEMZ hingegen als überflüssig. Dieser sollte gestrichen werden, da die Gerichte die Freiheit haben müssen, ein anderes Übertragungssystem als das auf der Liste der Kantone aufgeführte zu wählen, sofern dieses System die Anforderungen der Absätze 1 und 2 erfüllt.

### **4.4 Art. 4 Unzulässiges Verhalten**

#### **4.4.1 Allgemeine Kommentare**

Ein Kanton<sup>79</sup> schlägt vor, technische und organisatorische Massnahmen vorzusehen, um eine Gleichbehandlung der Parteien zu gewährleisten, unabhängig vom Kanton, in dem die Prozesshandlung stattfindet.

Ein Kanton<sup>80</sup> ist der Ansicht, dass Artikel 4 E-VEMZ Vorgaben für die Gerichte zur Art und Weise beinhaltet, wie sie die Verfahren durchführen müssen. Die Delegationsnorm von Artikel 141b Absatz 3 nZPO würde den Bundesrat jedoch nicht ermächtigen, Verfahrensvorgaben zu erlassen (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.1 oben).

Eine Organisation<sup>81</sup> weist darauf hin, dass der E-VEMZ im Fall von unzulässigem Verhalten keine Sanktionen vorsieht. Es sollte eine neue Gesetzesnorm geschaffen werden, die unzulässiges Verhalten angemessen und klar sanktioniert. Die bestehenden Bestimmungen hätten alle ihre Schwächen.

#### **4.4.2 Art. 4 Bst. a**

Ein Kanton<sup>82</sup> macht geltend, dass das Verbot für unberechtigte Dritte, die Prozesshandlung zu verfolgen, zu absolut formuliert sei. Die Parteien dürften grundsätzlich über den Prozess berichten und Dritten nach Abschluss der Verhandlung Dokumente, Protokolle oder Aufzeich-

---

<sup>71</sup> VS

<sup>72</sup> LU (S. 2), NW (S. 3), ZG (S. 2).

<sup>73</sup> Swico

<sup>74</sup> SG

<sup>75</sup> SP

<sup>76</sup> UNIL (S. 2)

<sup>77</sup> GL

<sup>78</sup> Obergericht GL (S. 2)

<sup>79</sup> VS

<sup>80</sup> ZH

<sup>81</sup> UNIBE (S. 5 ff.)

<sup>82</sup> LU (S. 2)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

nungen zugänglich machen. Wenn der Gesetzgeber ein solches Verhalten unter Strafe stellen wolle, müsste in Artikel 4 Buchstabe a E-VEMZ präzisiert werden, dass das Verbot nur die Teilnahme an einem Livestream betrifft.

Zwei Kantone und eine Organisation erachten es als unmöglich, das Verbot von Artikel 4 Buchstabe a E-VEMZ wirksam durchzusetzen, solange keine effiziente Verschlüsselung erforderlich ist<sup>83</sup> (vgl. dazu auch Ziff. 4.3.3 oben) und solange keine ausreichenden Anforderungen an die Authentifizierung der an der Prozesshandlung teilnehmenden Personen gestellt werden<sup>84</sup> (vgl. dazu auch Ziff. 4.6.2 und 4.7.3 unten).

Eine Organisation<sup>85</sup> stellt fest, dass nicht klar sei, ob das Verbot von Artikel 4 Buchstabe a E-VEMZ nur aktive Verhaltensweisen (z. B. die Weitergabe eines Links durch eine an der Prozesshandlung teilnehmende Person an eine Drittperson) oder auch fahrlässige Verhaltensweisen umfasst (z. B. wenn eine an der Prozesshandlung teilnehmende Person in einem öffentlichen Raum die Lautstärke so stark erhöht, dass die Leute um sie herum mithören können). Die gleiche Organisation stellt auch die Frage, ob Artikel 4 Buchstabe a E-VEMZ öffentliche und nicht öffentliche Prozesshandlungen in gleichem Mass betrifft. Im Fall einer öffentlichen Verhandlung dürfe ausschliesslich das Gericht entscheiden, wer die Prozesshandlung verfolgen darf. Deshalb müsse Artikel 4 Buchstabe a E-VEMZ berichtigt und der Begriff «unberechtigten» gestrichen werden. Ferner weist diese Organisation darauf hin, dass nicht klar sei, wer die «weiteren Teilnehmenden» sind, die vom unzulässigen Verhalten nach Artikel 4 Buchstabe a E-VEMZ betroffenen sind: in Artikel 4 E-VEMZ sei von «Verfahrensbeteiligten» und «weiteren Teilnehmenden» die Rede. Es sei wichtig, dass der Begriff «weitere Teilnehmende» die Öffentlichkeit beinhalte. Daher sollte der Begriff «Teilnehmer» auf die Parteien und weitere an der Prozesshandlung beteiligte Personen beschränkt werden. Für die Personen, die einer öffentlichen Prozesshandlung beiwohnen, sollten andere Begriffe wie Zuschauerin oder Zuschauer, Zuhörerin oder Zuhörer, Publikum oder Öffentlichkeit verwendet werden.

### **4.4.3 Art. 4 Bst. b**

Ein Kanton<sup>86</sup> hält fest, dass das Verbot für die Verfahrensbeteiligten und weiteren Teilnehmenden, Ton und Bild aufzuzeichnen, in der ZPO nicht enthalten sei und die Kantone somit frei entscheiden könnten, ob sie Aufzeichnungen zulassen wollen oder nicht. Artikel 4 Buchstabe b E-VEMZ würde in diese Kompetenz eingreifen (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.1 oben).

Zwei Kantone<sup>87</sup> und eine Organisation<sup>88</sup> sind der Ansicht, dass die Einhaltung des Verbots für die Verfahrensbeteiligten und weiteren Teilnehmenden, Ton und Bild aufzuzeichnen, nicht garantiert werden kann. So könne eine an der Prozesshandlung teilnehmende Person auf ihrem Gerät eine Software zur Bildschirmaufzeichnung verwenden, die von der vom Gericht eingesetzten Videokonferenz-Lösung unabhängig ist.

---

<sup>83</sup> BL, TI (S. 3), privatim (S. 2).

<sup>84</sup> BL, privatim (S. 2).

<sup>85</sup> UNIBE (S. 8)

<sup>86</sup> TG (S. 2)

<sup>87</sup> VD (S. 3), TI (S. 3).

<sup>88</sup> privatim (S. 2)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

### **4.5 Art. 5 Informationen des Gerichts zuhanden der teilnehmenden Personen**

#### **4.5.1 Allgemeine Kommentare**

Zwei Kantone<sup>89</sup> und eine Organisation<sup>90</sup> sind der Ansicht, dass Artikel 5 E-VEMZ nicht von der Delegationsnorm von Artikel 141*b* Absatz 3 nZPO erfasst ist (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.1 oben).

Gemäss einer Organisation<sup>91</sup> sollte Artikel 5 E-VEMZ dahingehend ergänzt werden, dass die an der Prozesshandlung teilnehmenden Personen verlangen können, dass drei Tage vor der Verhandlung ein Verbindungstest durchgeführt wird.

Eine Organisation<sup>92</sup> ist schliesslich der Ansicht, dass die Anmeldung mit einer anderen Login-Lösung (z. B. Google ID oder Facebook ID), wie im erläuternden Bericht zum E-VEMZ<sup>93</sup> erwähnt, keine ausreichende Sicherheitsgarantie bietet und freien Zugang zu anderen Verbindungen ermöglicht.

#### **4.5.2 Art. 5 Abs. 1**

Zwei Kantone<sup>94</sup> und eine Organisation<sup>95</sup> sind der Ansicht, dass Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a unnötig sei, da er eine Offenkundigkeit regelt. Ein Kanton<sup>96</sup> fordert eine zweifache Anpassung von Artikel 5 Absatz 1 E-VEMZ. Erstens sollte präzisiert werden, über welches elektronische Mittel die an der Prozesshandlung teilnehmenden Personen informiert werden, und zweitens sollte festgehalten werden, dass die Teilnahme an der Konferenz unabhängig von dem von den betroffenen Personen verwendeten Betriebssystem sichergestellt ist.

#### **4.5.3 Art. 5 Abs. 2**

Ein Kanton<sup>97</sup> hält fest, dass die Pflicht des Gerichts, die Informationen nach Artikel 5 Absatz 1 E-VEMZ mit der Vorladung zuzustellen, unnötig einschränkend sei, da es vorkommen könne, dass Personen kurzfristig einvernommen oder befragt werden müssen (z. B. infolge von Krankheit oder Landesabwesenheit).

### **4.6 Art. 6 Anmeldung und Teilnahme**

#### **4.6.1 Allgemeine Kommentare**

Drei Kantone<sup>98</sup> bedauern, dass der E-VEMZ nicht regle, welche Folgen ein Verbindungsabbruch auf die Prozesshandlung hat (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.3 oben).

Ein Kanton<sup>99</sup> schlägt vor, dass dem Gericht und allen an der Prozesshandlung teilnehmenden Personen eine gemeinsame Anmeldung und gemeinsame Nutzung von Hardware ermöglicht

---

<sup>89</sup> GL, SH (S. 1 und 2).

<sup>90</sup> Obergericht GL (S. 3)

<sup>91</sup> UNIL (S. 2)

<sup>92</sup> ODAGE (S. 2 f.)

<sup>93</sup> Siehe S. 16 des erläuternden Berichts vom 14. Februar 2024 zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. Dieser Bericht ist aufrufbar unter: <https://www.fedlex.admin.ch/de/consultation-procedures/ended/2024#EJPD>.

<sup>94</sup> GL, SH (S. 2).

<sup>95</sup> Obergericht GL (S. 2)

<sup>96</sup> TG (S. 2)

<sup>97</sup> SH (S. 3)

<sup>98</sup> GE, OW, TG (S. 2).

<sup>99</sup> LU (S. 2)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

werden sollte. Zudem sollte das Gericht die Möglichkeit haben, auf besonderes Gesuch hin eine elektronische Teilnahme zu bewilligen, soweit für alle Teilnehmenden klar ist, welche Personen zusätzlich dabei sind. Schliesslich sollte in Artikel 6 E-VEMZ präzisiert werden, dass Verfahrensbeteiligte, die nicht über eine geeignete Hard- und Software verfügen, um elektronisch an der Prozesshandlung teilzunehmen, vor Ort persönlich anwesend sein müssen; das Gericht sei nicht verpflichtet, ihnen die erforderliche Hard- und Software zur Verfügung zu stellen.

Ferner sollte Artikel 6 E-VEMZ nach Meinung einer Organisation<sup>100</sup> dahingehend ergänzt werden, dass die Person, die elektronisch an der Prozesshandlung teilnimmt, zum gleichen Zeitpunkt angemeldet sein muss, an dem die vor Ort anwesenden Parteien den Verhandlungssaal betreten.

### **4.6.2 Art. 6 Abs. 1**

Drei Kantone<sup>101</sup> und eine Organisation<sup>102</sup> weisen darauf hin, dass die Pflicht, sich einzeln anzumelden, nicht ausreicht, um eine an der Prozesshandlung teilnehmende Person zu identifizieren. Insbesondere das Phänomen von «Deep Fakes» stelle eine Herausforderung für die Identifizierung einer Person dar. Zudem sollte das Identifizierungsverfahren abhängig von der jeweiligen Prozesshandlung (öffentliches oder nicht öffentliches Verfahren) und der Rolle der Teilnehmenden (Richterinnen und Richter, Parteien, Zeuginnen und Zeugen, Zuschauerinnen und Zuschauer usw.) erfolgen (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.2 oben).

Ein Kanton<sup>103</sup> ist der Ansicht, dass Artikel 6 Absatz 1 E-VEMZ nicht von der Delegationsnorm von Artikel 141b Absatz 3 nZPO erfasst ist (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.1 oben).

Ein Kanton<sup>104</sup> hält fest, dass die individuelle Anmeldung nicht so verstanden werden darf, dass sich jede Richterin oder jeder Richter, die oder der an der Prozesshandlung beteiligt ist, einzeln anmelden und eine eigene Kamera verwenden muss. Andernfalls würde dies zu einem starken Anstieg der Kosten für die Ausstattung der Gerichtssäle führen.

### **4.6.3 Art. 6 Abs. 2**

Ein Kanton<sup>105</sup> wünscht eine Präzisierung des Begriffs «Rechtsvertreterinnen und Rechtsvertreter» («représentants»), der auch die Vertrauenspersonen nach Artikel 204 Absatz 2 ZPO umfassen sollte.

Nach Ansicht eines Kantons<sup>106</sup> sollte Artikel 6 Absatz 2 E-VEMZ gestrichen oder zumindest so angepasst werden, dass eine gemeinsame Anmeldung der Parteien und ihrer Rechtsvertreterinnen und Rechtsvertreter nur mit dem Einverständnis des Gerichts erfolgen darf. Zum einen würde die individuelle Anmeldung der vorsitzenden Person ermöglichen, die Instru-

---

<sup>100</sup> UNIL (S. 2)

<sup>101</sup> BE (S. 2), BL, TI (S. 3 f.).

<sup>102</sup> privatim (S. 2)

<sup>103</sup> ZH

<sup>104</sup> GR

<sup>105</sup> VD (S. 3)

<sup>106</sup> SH (S. 3)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

mente zur Sitzungsleitung vollumfänglich zu nutzen, und zum anderen könnte mit der individuellen Anmeldung die Anwesenheit der Teilnehmenden bei der Aufzeichnung der Konferenz mittels Zugangsdaten dokumentiert werden.

Ein Kanton<sup>107</sup> beantragt, Artikel 6 Absatz 2 E-VEMZ dahingehend zu ergänzen, dass die gemeinsame Anmeldung auch für das Gericht erlaubt ist.

### **4.7 Art. 7 Durchführung**

#### **4.7.1 Allgemeine Kommentare**

Eine Organisation<sup>108</sup> schlägt vor, Artikel 7 E-VEMZ wie folgt zu ergänzen: (1) Pflicht für alle an der Verhandlung teilnehmenden Personen, sich aus einem geschlossenen, für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Raum anzumelden, (2) Pflicht für alle an der Verhandlung teilnehmenden Personen, der Richterin oder dem Richter zu gestatten, zu Beginn der Verhandlung eine vollständige visuelle Inspektion des Raums durchzuführen, von dem aus sie sich angemeldet haben, und (3) Pflicht für alle an der Verhandlung teilnehmenden Personen, die Zugangswege zum Raum, von dem aus sie sich angemeldet haben, während der ganzen Prozesshandlung sichtbar zu lassen.

Eine Organisation<sup>109</sup> erachtet den persönlichen Geltungsbereich von Artikel 7 E-VEMZ als unklar. Da Artikel 10 E-VEMZ die Durchführung einer öffentlich zugänglichen Prozesshandlung regelt, liege es nahe, dass Artikel 7 nur Personen meint, die «aktiv» am Verfahren beteiligt sind, nicht aber die Öffentlichkeit. Artikel 7 Absatz 1 E-VEMZ enthalte jedoch auch die Wendung «der Prozesshandlung folgen», was sich auf die Öffentlichkeit bezieht. Daher sollte der persönliche Geltungsbereich von Artikel 7 geklärt und allenfalls nur eine Vorschrift zur Durchführung der Prozesshandlung vorgesehen werden, in deren Absätzen nach den Personen, die aktiv an der Prozesshandlung beteiligt sind, und der Öffentlichkeit unterschieden wird. Ausserdem sollte für die an der Prozesshandlung teilnehmenden Personen – unter Hinweis auf die Sanktionen nach Artikel 128 ZPO – ausdrücklich die Pflicht vorgesehen werden, ihre Kamera durchgehend eingeschaltet zu lassen und ihr Gesicht durchgängig zu zeigen.

#### **4.7.2 Art. 7 Abs. 1**

Gemäss drei Kantonen<sup>110</sup> und einer Organisation<sup>111</sup> reicht die Vorgabe, wonach das Gericht sicherstellen muss, dass nur berechtigte Personen der Prozesshandlung folgen, alleine nicht aus. Das Identifizierungsverfahren sollte abhängig von der jeweiligen Prozesshandlung (öffentliches oder nicht öffentliches Verfahren) und der Rolle der Teilnehmenden (Richterinnen und Richter, Parteien, Zeuginnen und Zeugen, Zuschauerinnen und Zuschauer usw.) erfolgen. Da besonders schützenswerte Daten bearbeitet werden (vgl. Ziff. 3.3.2 oben), sollte nach Meinung einer Organisation<sup>112</sup> eine Authentifizierungsmethode vorgesehen werden, mit der sich sicherstellen lässt, dass nur berechtigte Personen an der Prozesshandlung teilnehmen. Eine solche Möglichkeit wäre eine Zwei-Faktor-Identifizierungsmethode.

---

<sup>107</sup> ZH

<sup>108</sup> SAV (S. 2)

<sup>109</sup> UNIBE (S. 9)

<sup>110</sup> BE (S. 2), BL, TI (S. 3).

<sup>111</sup> privatim (S. 2)

<sup>112</sup> eGovSchweiz (S. 2)



## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

Zwei Kantone<sup>113</sup> und eine Organisation<sup>114</sup> sind der Ansicht, dass Artikel 7 Absatz 1 E-VEMZ, gemäss dem das Gericht sicherstellen muss, dass lediglich berechtigte Personen der Prozesshandlung folgen, nur schwer umsetzbar ist. Dies würde das Gericht übermässig belasten und wäre auch von den Teilnehmenden zu viel verlangt.

Ein Kanton<sup>115</sup> hält fest, dass die Vorgabe, wonach das Gericht für einen geordneten Ablauf zu sorgen hat, eine Wiederholung von Artikel 124 Absatz 1 ZPO ist. Daher könne diese Vorgabe aus Artikel 7 Absatz 1 E-VEMZ gestrichen werden.

Ein Kanton<sup>116</sup> ist der Ansicht, dass die Formulierung von Artikel 7 Absatz 1 E-VEMZ abgeschwächt und durch eine praxistauglichere Lösung ersetzt werden sollte. Das Gericht könne praktisch und technisch unmöglich verhindern, dass nicht berechtigte Dritte der Übertragung der Prozesshandlung folgen. So sei es beispielsweise möglich, sich einen Bildschirm zu teilen.

### **4.7.3 Art. 7 Abs. 2**

Drei Kantone<sup>117</sup> und eine Organisation<sup>118</sup> fragen sich, wie das Gericht bei Online-Verhandlungen Zweifel an der Identität der Teilnehmenden beseitigen kann. Die Entwicklungen im Bereich von «Deep Fakes» würden die Situation zusätzlich verschärfen.

## **4.8 Art. 8 Aufzeichnung**

### **4.8.1 Allgemeine Kommentare**

Ein Kanton<sup>119</sup> erachtet es als wichtig, dafür zu sorgen, dass die Aufzeichnungen zugänglich und lesbar bleiben. Die Aufbewahrung von audiovisuellen Dateien erfordere angesichts des grossen Datenvolumens genügend Speicherplatz. Zudem sei darauf zu achten, dass die Behörde Eigentümerin der aufgezeichneten Daten sei und sie diese zurückfordern könne, wenn das Unternehmen, das die Daten hostet, nicht mehr existiert. Ferner seien die Aufbewahrungsdauer der Daten und die Möglichkeit, die Aufzeichnung nach Abschluss der Prozesshandlung zu löschen, ausdrücklich zu regeln.

Ein Kanton<sup>120</sup> erwähnt, dass das Zusammenspiel zwischen Artikel 3 E-VEMZ, der die Anforderungen an den Einsatz von Datenübertragungssystemen regelt, und Artikel 8 E-VEMZ, in dem es um die Aufzeichnung der Daten geht, insofern problematisch sei, als (1) die Abgrenzung zwischen den beiden Artikeln sowie ihre Bedeutung nicht ohne Weiteres klar sind; und (2) die Beziehung der beiden Artikel zueinander unklar ist, da in beiden Bestimmungen Anforderungen an den Datenschutz und die Datensicherheit geregelt werden. Zudem schlägt der gleiche Kanton vor, in Artikel 8 E-VEMZ den Zeitpunkt, an dem die Aufzeichnungen der Daten gelöscht werden können, zu regeln.

---

<sup>113</sup> GL, SH (S. 3).

<sup>114</sup> Obergericht GL (S. 3)

<sup>115</sup> TG (S. 2)

<sup>116</sup> LU (S. 3)

<sup>117</sup> BE (S. 2), BL, TI (S. 3 f.).

<sup>118</sup> *privatim* (S. 2)

<sup>119</sup> VS

<sup>120</sup> BE (S. 1 f.)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

### **4.8.2 Art. 8 Abs. 1**

Ein Kanton<sup>121</sup> hält fest, dass die ZPO nirgendwo erwähne, dass eine Bildaufzeichnung erfolgen müsse. Somit könne Artikel 8 Absatz 1 E-VEMZ dem Gericht diese Pflicht nicht auferlegen. Daher sollte Artikel 8 Absatz 1 E-VEMZ dahingehend geändert werden, dass eine Aufzeichnung von Ton oder von Ton und Bild durch das Gericht erfolgt, oder einfach, dass eine Aufzeichnung durch das Gericht erfolgt (ohne Präzisierung).

### **4.8.3 Art. 8 Abs. 2**

Nach Ansicht eines Kantons<sup>122</sup> und einer Organisation<sup>123</sup> sollte präzisiert werden, was unter «Dritte» («tiers») zu verstehen ist. Der Kanton betont insbesondere, dass die für die kantonale Speicherinfrastruktur zuständigen Personen nicht als Dritte zu betrachten seien.

Ein Kanton<sup>124</sup> findet es fraglich, ob die Anforderungen an den Datenschutz und die Datensicherheit eingehalten werden können, wenn die Gerichte Dritte mit der Aufzeichnung von Ton und Bild beauftragen. Gemäss Artikel 3 Absatz 2 E-VEMZ müssten private Anbieterinnen, die Systeme für Video- und Telefonkonferenzen zur Verfügung stellen, ihren Wohnsitz oder Sitz in einem Staat mit angemessenem Datenschutzniveau haben. Dies schliesse jedoch nicht aus, dass eine private Anbieterin – obwohl sie ihren Sitz in einem Staat mit angemessenem Datenschutzniveau hat – auch Kontakte zu einem Staat ohne angemessenes Datenschutzniveau unterhält (z. B. weil sie einer Gesellschaft angehört, die ihren Sitz in diesem Staat hat). Dies reiche aus, dass die private Anbieterin Daten an die Behörden dieses Staats liefern muss. Daher sollten die Anforderungen an die Zusammenarbeit mit Dritten überprüft und an die erforderliche Vertraulichkeit angepasst werden (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.2 oben).

Eine Partei<sup>125</sup> erachtet es als wichtig, dass den Gerichten nicht erlaubt wird, Dritte mit der Aufzeichnung einer Video- oder einer Telefonkonferenz zu beauftragen, da es sich um besonders schützenswerte Daten handelt (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.2 oben).

Eine Organisation<sup>126</sup> begrüsst die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit externen Anbieterinnen bei der Aufzeichnung der Daten. Sie ist der Ansicht, dass eine solche Zusammenarbeit äusserst sinnvoll und kosteneffizient sei, insbesondere weil Technologieunternehmen über grosse Kompetenzen im Sicherheitsbereich verfügen.

Eine Organisation<sup>127</sup> schlägt vor, Artikel 8 Absatz 2 E-VEMZ so umzuformulieren, dass sich Dritte, die mit der Aufzeichnung beauftragt werden, verpflichten müssen, die Daten (1) nur an das Gericht weiterzugeben, (2) nicht eigenen oder anderen Zwecken zugänglich zu machen und (3) unmittelbar nach der Bestätigung des Empfangs durch das Gericht zu vernichten.

Da besonders schützenswerte Daten betroffen sind (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.2 oben), ist eine Organisation<sup>128</sup> der Ansicht, dass Artikel 8 Absatz 2 E-VEMZ so ergänzt werden sollte, dass

---

<sup>121</sup> ZG (S. 2 f.)

<sup>122</sup> VD (S. 4)

<sup>123</sup> SAV (S. 4)

<sup>124</sup> BL

<sup>125</sup> PPS

<sup>126</sup> Swico

<sup>127</sup> UNIBE (S. 10 f.)

<sup>128</sup> ODAGE (S. 2)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

Dritte, die mit der Aufzeichnung beauftragt werden, ihren Wohnsitz oder ihren Sitz in der Schweiz haben müssen.

### **4.8.4 Art. 8 Abs. 3**

Keine Bemerkungen

## **4.9 Art. 9 Zugang zu einer öffentlich zugänglichen Prozesshandlung**

### **4.9.1 Allgemeine Kommentare**

Drei Kantone<sup>129</sup> und eine Organisation<sup>130</sup> sind der Ansicht, dass Artikel 9 E-VEMZ nicht von der Delegationsnorm von Artikel 141*b* Absatz 3 nZPO erfasst ist (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.1 oben).

Ein Kanton<sup>131</sup> weist darauf hin, dass in der deutschen Fassung von Artikel 9 E-VEMZ von «einer öffentlich zugänglichen Prozesshandlung» die Rede ist, während die ZPO (Art. 141*a* Abs. 3 nZPO) nur von «öffentlicher Verhandlung» spricht. Daher sei der Begriff «zugänglich» zu streichen. Nach Ansicht des gleichen Kantons muss präzisiert werden, dass nur öffentliche Prozesshandlungen, die mündlich sind, betroffen sind. Somit seien öffentliche, aber nicht mündliche Prozesshandlungen (z. B. die Eröffnung eines Urteils) von den Artikeln 141*a* und 141*b* nZPO nicht erfasst.

### **4.9.2 Art. 9 Abs. 1**

Ein Kanton<sup>132</sup> und eine Organisation<sup>133</sup> sind der Meinung, dass die Pflicht zur vorgängigen Anmeldung für alle Personen, die eine öffentliche Verhandlung mittels Videokonferenz verfolgen wollen, im Widerspruch zu Artikel 141*a* Absatz 3 zweiter Satz nZPO stehe, der bestimmt, dass das Gericht den Zugang zu öffentlichen Verhandlungen auch ohne vorherigen Antrag über elektronische Mittel gewähren kann.

Ein Kanton<sup>134</sup> beantragt, Artikel 9 Absatz 1 E-VEMZ zu präzisieren, da dieser nahelege, dass alle Personen, die dies wünschen, mittels Videokonferenz an einer öffentlichen Prozesshandlung teilnehmen können. Gemäss diesem Kanton ist dies jedoch nicht der Fall: Erstens müsse das Gericht bei hybriden Konferenzen den Zugang der Öffentlichkeit auf den Gerichtssaal beschränken können. Zweitens müsse es dem Gericht im Fall einer ausschliesslich elektronisch durchgeführten Prozesshandlung erlaubt sein, der Öffentlichkeit die Teilnahme lediglich in einem Sitzungsraum des Gerichts zu gestatten und nicht mittels Livestream.

Gemäss einem Kanton<sup>135</sup> muss in Artikel 9 Absatz 1 E-VEMZ präzisiert werden, dass es sich um drei «Arbeitstage» handelt. Im Fall der Personen, die der Video- oder Telefonkonferenz vor Ort folgen möchten (vgl. Art. 141*a* Abs. 3 nZPO), sollte in Artikel 9 Absatz 1 E-VEMZ nach Ansicht dieses Kantons vorgesehen werden, dass Personen, die spontan erscheinen,

---

<sup>129</sup> GL, SH (S. 1 und 3), TG (S. 3).

<sup>130</sup> Obergericht GL (S. 3)

<sup>131</sup> TG (S. 3)

<sup>132</sup> VD (S. 4)

<sup>133</sup> UNIBE (S. 13)

<sup>134</sup> SH (S. 3)

<sup>135</sup> TG (S. 3)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

um die elektronische Übertragung der Prozesshandlung zu verfolgen, Zugang gewährt werden sollte. Ein Kanton<sup>136</sup> erachtet die vorgesehene Frist für die Anmeldung von drei Tagen als zu kurz. Gemäss diesem Kanton ist eine Frist von sieben Tagen nötig.

Zwei Organisationen<sup>137</sup> halten fest, dass es gemäss Öffentlichkeitsgrundsatz (Art. 54 Abs. 1 ZPO und 30 Abs. 3 der Bundesverfassung<sup>138</sup> [BV]) nicht erlaubt ist, von den Personen, die physisch an einer Verhandlung teilnehmen möchten, eine Anmeldung zu verlangen. Das Gleiche sollte auch für Personen gelten, die die Übertragung einer elektronisch durchgeführten Prozesshandlung verfolgen möchten. Eine dieser Organisationen<sup>139</sup> ist der Ansicht, dass das Gericht, falls an der vorgängigen Anmeldung festgehalten wird, die Zugangscodes in weniger als drei Tagen zustellen könnte. Wenn es eine vorgängige Anmeldung gibt, müsse das Gericht drei Tage vor der Verhandlung mitteilen, wie der Zugang der Öffentlichkeit sichergestellt wird, entweder im Gerichtssaal und/oder mittels Videokonferenz, damit sich die Personen, die der Prozesshandlung folgen möchten, entsprechend organisieren können. Wenn ein Antrag gestellt wird, um vor Ort an der Verhandlung teilzunehmen (vgl. Art. 141a Abs. 3 erster Satz nZPO), müsse dieser Antrag mindestens fünf Tage vor der Verhandlung gestellt werden, damit sich das Gericht organisieren kann.

Eine Organisation<sup>140</sup> findet, dass Artikel 9 Absatz 1 E-VEMZ angesichts der Tatsache, dass die Öffentlichkeit im Allgemeinen nicht an Prozesshandlungen teilnimmt, auch wenn diese öffentlich sind, zu viele administrative Schikanen schafft.

### **4.9.3 Art. 9 Abs. 2**

Keine Bemerkungen

## **4.10 Art. 10 Durchführung einer öffentlich zugänglichen Prozesshandlung**

### **4.10.1 Allgemeine Kommentare**

Zwei Kantone<sup>141</sup> und eine Organisation<sup>142</sup> weisen darauf hin, dass Artikel 10 E-VEMZ Vorgaben zum Ablauf des Verfahrens enthält. Die Delegationsnorm von Artikel 141b Absatz 3 nZPO würde den Bundesrat jedoch nicht ermächtigen, solche Vorgaben zu erlassen (vgl. dazu auch Ziff. 3.3.1 oben).

Eine Organisation<sup>143</sup> hält fest, dass der E-VEMZ den Ablauf einer Prozesshandlung aktuell in zwei verschiedenen Bestimmungen regelt (Art. 7 und 10 E-VEMZ). Daher wäre es klarer, wenn nur eine Vorschrift zur Durchführung der Prozesshandlung vorgesehen würde, in deren Absätzen nach den Personen, die aktiv an der Prozesshandlung beteiligt sind, und der Öffentlichkeit unterschieden wird.

---

<sup>136</sup> JU

<sup>137</sup> UNIBE (S. 13), UNIL (S. 2).

<sup>138</sup> SR 101

<sup>139</sup> UNIL (p. 2)

<sup>140</sup> UNIBE (S. 11)

<sup>141</sup> GL, ZH.

<sup>142</sup> Obergericht GL (S. 4)

<sup>143</sup> UNIBE (S. 9)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

Nach Ansicht von zwei Organisationen<sup>144</sup> sollte vorgesehen werden, dass Zuschauerinnen und Zuschauer, die die Prozesshandlung online verfolgen, ihre Kamera durchgehend eingeschaltet lassen müssen, um zu verhindern, dass sich diese Personen hinter ihrem Bildschirm verstecken können und so von den Personen, die elektronisch an der Prozesshandlung teilnehmen, nicht gesehen werden.

### **4.10.2 Art. 10 Abs. 1**

Wenn viele Personen die öffentliche Prozesshandlung verfolgen, ist es nach Ansicht eines Kantons<sup>145</sup> nicht praktikabel, die Verfahrensbeteiligten über diese Personen zu informieren.

Zwei Kantone<sup>146</sup> und zwei Organisationen<sup>147</sup> sind der Meinung, dass von der Verpflichtung des Gerichts, die Verfahrensbeteiligten darüber zu informieren, welche Personen die Prozesshandlung online oder vor Ort verfolgen, abgesehen werden sollte, da diese Voraussetzung aus datenschutzrechtlicher Sicht kritisch sei.

### **4.10.3 Art. 10 Abs. 2**

Gemäss einem Kanton<sup>148</sup> besteht das Risiko, dass eine an der Prozesshandlung beteiligte Person diese Voraussetzungen als Verzögerungstaktik nutzt, indem sie vorgibt, die Ton- und Bildübertragung sei aufgrund eines Verbindungsproblems schwierig oder unmöglich, um zu erreichen, dass die Prozesshandlung annulliert wird. Zwei Kantone<sup>149</sup> und eine Organisation<sup>150</sup> sind der Ansicht, dass Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe b E-VEMZ zu einer Kann-Vorschrift geändert werden sollte. Tatsächlich verlange Artikel 141b Absatz 1 Buchstabe a nZPO die zeitgleiche Ton- und Bildübertragung nur für die an der Prozesshandlung beteiligten Personen (Parteien, Zeuginnen und Zeugen, Gerichtspersonen usw.). Daher könne es sich unter Umständen auch aufdrängen, dass die Öffentlichkeit die Videokonferenz lediglich zeitverzögert verfolgen kann (z. B. zur Vermeidung der Beeinflussung von Zeuginnen und Zeugen).

Ein Kanton<sup>151</sup> beantragt, den Begriff «Zeitgleichheit» («simultanéité») der Ton- und Bildübertragung in Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe a E-VEMZ zu präzisieren.

### **4.10.4 Art. 10 Abs. 3**

Ein Kanton<sup>152</sup> stellt fest, dass es für das Gericht schwierig sei, die Identität der Personen, die die Prozesshandlung verfolgen, zu überprüfen.

Eine Organisation<sup>153</sup> weist darauf hin, dass Artikel 10 Absatz 3 E-VEMZ gleich formuliert ist wie Artikel 7 Absatz 2 E-VEMZ. Anders als bei der Identität der Personen, die an der Prozesshandlung beteiligt sind, habe das Gericht normalerweise jedoch kein Interesse daran, die

---

<sup>144</sup> UNIBE (S. 6), UNIL (S. 4).

<sup>145</sup> TG (S. 3)

<sup>146</sup> GL, LU (S. 3).

<sup>147</sup> Obergericht GL (S. 4), UNIL (S. 3).

<sup>148</sup> VD (S. 4)

<sup>149</sup> GL, SH (S. 4).

<sup>150</sup> Obergericht GL (S. 4)

<sup>151</sup> GE

<sup>152</sup> VD (S. 4)

<sup>153</sup> UNIBE (S. 14)

## **Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

Identität der Zuschauerinnen und Zuschauer, die an einer öffentlichen Prozesshandlung teilnehmen, festzustellen. Daher sei Artikel 10 Absatz 3 E-VEMZ nicht gerechtfertigt und sollte gestrichen werden.

### **4.11 Art. 11 Übergangsbestimmung**

Keine Bemerkungen

### **4.12 Art. 12 Inkrafttreten**

Ein Kanton<sup>154</sup> hält fest, dass die Frist bis zum Inkrafttreten der Verordnung (1. Januar 2025) angesichts der technischen, finanziellen und rechtlichen Auswirkungen als knapp erscheint. Es sei daher wichtig, dass die kantonalen Behörden weiterhin frei entscheiden können, ob sie Mittel zur Ton- und Bildübertragung einsetzen möchten oder nicht, und von den Kantonen keine Änderung des kantonalen Rechts verlangt werde.

Ein Kanton<sup>155</sup> fordert, dass die Beschaffung der erforderlichen Infrastruktur in den Gerichten zwingend mit dem Projekt «Justitia 4.0»<sup>156</sup> abzustimmen sei. Daher könne nicht garantiert werden, dass die elektronischen Mittel zur Ton- und Bildübertragung für die Durchführung mündlicher Prozesshandlungen per 1. Januar 2025 vollumfänglich bereitgestellt werden können.

## **5 Zugang zu den Stellungnahmen**

Gemäss Artikel 9 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005<sup>157</sup> über das Vernehmlassungsverfahren sind die Vernehmlassungsunterlagen sowie – nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist – die Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmenden und – nach Kenntnisnahme durch den Bundesrat – der Ergebnisbericht öffentlich zugänglich. Diese Dokumente werden in elektronischer Form auf der Publikationsplattform des Bundesrechts veröffentlicht<sup>158</sup>.

---

<sup>154</sup> VS

<sup>155</sup> AG

<sup>156</sup> Siehe Projektbeschrieb «Justitia 4.0» unter: <https://www.justitia40.ch/de>.

<sup>157</sup> SR 172.061

<sup>158</sup> [www.fedlex.admin.ch](http://www.fedlex.admin.ch) > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2024 > EJPD > 2023/96.

**Verzeichnis der Eingaben  
Liste des organismes ayant répondu  
Elenco dei partecipanti**

**Kantone / Cantons / Cantoni**

<b>AG</b>	Aargau / Argovie / Argovia
<b>AI</b>	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rhodes-Intérieures / Appenzello Interno
<b>BE</b>	Bern / Berne / Berna
<b>BL</b>	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
<b>BS</b>	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
<b>FR</b>	Freiburg / Fribourg / Friburgo
<b>GE</b>	Genf / Genève / Ginevra
<b>GL</b>	Glarus / Glaris / Glarona
<b>GR</b>	Graubünden / Grisons / Grigioni
<b>JU</b>	Jura / Giura
<b>LU</b>	Luzern / Lucerne / Lucerna
<b>NE</b>	Neuenburg / Neuchâtel
<b>NW</b>	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
<b>OW</b>	Obwalden / Obwald / Obvaldo
<b>SG</b>	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
<b>SH</b>	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
<b>SO</b>	Solothurn / Soleure / Soletta
<b>SZ</b>	Schwyz / Svitto
<b>TG</b>	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
<b>UR</b>	Uri
<b>TI</b>	Tessin / Ticino
<b>VD</b>	Waadt / Vaud
<b>VS</b>	Wallis / Valais / Vallese
<b>ZG</b>	Zug / Zoug / Zugo
<b>ZH</b>	Zürich / Zurich / Zurigo

**Parteien / Partis politiques / Partiti politici**

<b>PPS</b>	Piratenpartei Schweiz Parti Pirate Suisse Partito Pirata Svizzera
<b>SP</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito socialista svizzero

## Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)

<b>SVP</b>	Schweizerische Volkspartei SVP Union démocratique du centre UDC Unione democratica di centro UDC
------------	--

### Interessierte Organisationen und Privatpersonen / Organisations intéressées et particuliers / Organizzazioni interessate e privati

<b>eGOV-Schweiz</b>	
<b>digitalswitzerland</b>	
<b>SAV</b>	Schweizerischer Anwaltsverband Fédération Suisse des Avocats Federazione Svizzera degli Avvocati
<b>Obergericht GL</b>	Obergericht des Kantons Glarus
<b>ODAGE</b>	Ordre des avocats de Genève
<b>privatim</b>	Konferenz der schweizerischen Datenschutzbeauftragten Conférence des préposé(e)s suisses à la protection des données Conferenza dei incaricati svizzeri della protezione dei dati
<b>Swico</b>	Schweizerischer Wirtschaftsverband der Informations-, Kommunikations- und Organisationstechnik
<b>UNIBE</b>	Universität Bern Université de Berne Università di Berna
<b>UNIL</b>	Universität Lausanne Université de Lausanne Università di Losanna
<b>SGV</b>	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri
<b>BPGer</b>	Bundespatentgericht Tribunal fédéral des brevets Tribunale federale dei brevetti

### Ausdrücklicher Verzicht auf eine Stellungnahme / Renonciation expresse à une prise de position / Rinuncia espressa a un parere

- Appenzell Ausserrhoden  
Appenzell Rhodes-Extérieures  
Appenzello Esterno
  
- Schweizerischer Arbeitgeberverband SAV  
Union patronale suisse UPS  
Unione svizzera degli imprenditori USI
  
- Universität Genf UNIGE  
Université de Genève UNIGE  
Università di Ginevra UNIGE



**Vernehmlassungsbericht: Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)**

- Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter SVR  
Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire ASM  
Associazione svizzera dei magistrati ASM
  
- Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD  
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police  
CCDJP  
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia  
CDDGP